



**01****Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2019-2023**

Grundlagen sind der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 26. September 2018 sowie der Antrag der GPK vom 22. November 2018 mit folgenden Anträgen:

1. *Es werden folgende Budgets 2019 genehmigt:*
  - Investitionsrechnung Stadthaushalt (Nettoinvestitionen CHF 9'595'000).*
  - Erfolgsrechnung Stadthaushalt (Ertragsüberschuss CHF 1'402'181)*
  - Investitionsrechnung Stadtwerke (Nettoinvestitionen CHF 17'526'000)*
  - Erfolgsrechnung Stadtwerke (Ertragsüberschuss CHF 2'206'500)*
2. *Die Steuersätze für das Jahr 2019 werden wie folgt festgelegt:*
  - Gemeindesteuer 121 % (wie bisher)*
  - Grundsteuer 0.6 ‰ (wie bisher)*

**A) Eintretensdiskussion**

**Florin Scherrer (CVP)**, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, verliest deren Bericht:

**„1. Aufgabe der GPK**

*Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen haben wir den IAFP 2019 – 2023 samt integriertem Budget für das Jahr 2019 geprüft. Dazu gehören die Erfolgsrechnung und die Investitionsrechnung des städtischen Haushalts, sowie auch die Erfolgsrechnung und die Investitionsrechnung der Gossauer Stadtwerke. Ebenfalls hat die Geschäftsprüfungskommission den Steuer- und auch den Abschreibungsplan sowie die Anträge des Rates geprüft.*

**1.1 Zuständigkeit**

*Gemäss Art. 31 Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden stellt der Rat der Geschäftsprüfungskommission unter anderem Anträge über das Budget und den Steuerfuss für eine sorgfältige Prüfung zu.*

*Artikel 23 der soeben genannten Verordnung beschreibt zudem, dass die Berichterstattung der Budgetierung insbesondere folgende Angaben umfasst:*

- a) *Einen der Grösse des Finanzhaushalts angepassten Kommentar des Rates;*
- b) *Bezeichnung der neuen Ausgaben;*
- c) *Den Steuerplan;*
- d) *Den Finanzplan, soweit Bürgerschaft oder Parlament nicht auf andere Weise informiert werden.*

**2. Gesamtbetrachtung**

*Das konsolidierte operative Ergebnis der Stadt Gossau zusammen mit den Stadtwerken für das Jahr 2019 wird mit einem Aufwandüberschuss von CHF 4'665'919 budgetiert.*

*Nur dank einer Entnahme aus den Reserven von CHF 6'068'100 kann das Gesamtergebnis mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1'402'181 ausgewiesen werden. Die betrieblichen Aufwendungen betragen CHF 116'160'066 und die betrieblichen Erträge CHF 110'689'457.*

*Die Netto-Investitionen des Stadthaushaltes im Jahr 2019 betragen gemäss Budget CHF 9'595'000. Die Höhe der Investitionen liegt unter der vom Stadtrat angestrebten Investitionsquote von CHF 10 Mio. Die Stellen in der Verwaltung steigen von 281.2 im Jahr 2018 auf 294 Planstellen im Jahr 2019.*

### **3. Finanzstrategie**

Die GPK begrüsst die erstmals im IAFP unter Kapitel III aufgenommene Finanzstrategie ausserordentlich. Eine möglichst weitsichtige Planung ist unabdingbar und nur dank dieser können finanzielle Herausforderungen und Probleme frühzeitig erkannt und vor allem angemessen darauf reagiert werden.

Die Überlegungen zur Finanzstrategie sind es aber auch, die die grossen zukünftigen finanziellen Herausforderungen der Stadt Gossau aufzeigen.

Es muss festgestellt werden, dass nahezu sämtliche finanziellen Ziele aus heutiger Sicht nicht erreicht werden können. Der Selbstfinanzierungsgrad, der die Finanzierung der Investitionen aus selbst erarbeiteten Mitteln aufzeigt, beträgt gerade einmal 38.36%. Dies, weil der Cashflow lediglich CHF 3'681'000 betragen wird.

Ein Selbstfinanzierungsgrad von weniger als 100% führt zu einer Zunahme der Verschuldung. Werte unter 70% sind auch gemäss dem kantonalen Amt für Gemeinden kritisch.

Der Kernaufwand stieg seit 2001 um rund CHF 20.5 Mio. oder 34%. Im Jahr 2019 wird der Kernaufwand im Vergleich zur Rechnung 2017 um 8.5% oder CHF 6.30 Mio. ansteigen. Gemäss Finanzstrategie dürfte der Kernaufwand über die nächsten fünf Jahre jedoch nicht mehr ansteigen.

Die finanzielle Zukunft von Gossauer wird – im Gegensatz zu heute - düster aussehen. Durch die Steuervorlage 17, kantonale Steuersenkungen und durch die Anpassung des Bundesfinanzausgleichs reduzieren sich die Einnahmen für die Stadt Gossau spürbar und in Millionenhöhe.

Müsste tatsächlich, wie im IAFP prognostiziert, die Erfolgsrechnung mit Krediten finanziert werden, wäre das nicht tragbar und erinnert an Griechische Verhältnisse. Allerdings hoffen wir auch dieses Jahr wiederum auf die ungeschriebene Gossauer Finanzregel, die lautet: "es kommt dann am Schluss doch viel besser als es eigentlich ursprünglich prognostiziert wurde."

### **4. Erfolgsrechnung**

Der Personalaufwand steigt im Budget 2019 um CHF 1.59 Mio. (4.8%), der Sachaufwand um CHF 4.22 Mio. (37%) gegenüber dem Rechnungsjahr 2017 an. Der Fiskalertrag steigt im Vergleich zum Budget 2018 um CHF 1.49 Mio. (2.6%).

Die Ablieferungen der Stadtwerke sind im Jahr 2019 mit CHF 2.71 Mio. budgetiert.

Die Stadtwerke budgetieren für das Jahr 2019 ein Ertragsüberschuss von CHF 2'206'500. Dieses Ergebnis resultiert nach den Ablieferungen an den Stadthaushalt und nach dem Bezug aus der Reserve von rund CHF 1'921'600.

Das operative Ergebnis der Stadt Gossau ist auch in sämtlichen Planjahren 2020 bis 2023 negativ. Es steigt gar auf einen Verlust von CHF 8.28 Mio. im Jahr 2022 an und verdeutlicht somit den dringenden Handlungsbedarf. Es sollen sowohl die Möglichkeit von Mehreinnahmen als auch eine straffere Ausgabenkontrolle verfolgt werden.

### **5. Zukünftige Investitionen**

Von den CHF 9.60 Mio. geplanten Investitionen werden rund CHF 7.14 Mio. dem allgemeinen Stadthaushalt belastet und für rund CHF 2.46 Mio. Investitionen werden Spezialfinanzierungen herangezogen. Für die Umsetzung, respektive Projektierung des Masterplans Sportanlagen sind rund CHF 640'000 budgetiert. Für die Gesamtsanierung des Friedhofgebäudes sind rund CHF 1'400'000 geplant und für die Ortsplanungsrevision rund CHF 300'000.

*Im Jahr 2019 sind Abschreibungen im Umfang von CHF 6.42 Mio. geplant.*

*Die Stadtwerke planen für das Jahr 2019 Investitionen im Wert von CHF 17.53 Mio. zu tätigen und die Abschreibungen werden mit CHF 3.34 Mio. angenommen.*

*Gesamthaft betrachtet betragen die Nettoinvestitionen der Stadt Gossau von 2019-2023 CHF 85.6 Mio. Wir planen in Gossau also immense Investitionen zu tätigen. Der Cashflow wird im gleichen Zeitraum CHF -1.6 Mio. betragen, was einen alarmierenden Selbstfinanzierungsgrad ergibt. Der zusätzliche Kreditbedarf beträgt folglich für die Jahre 2019-2023 gesamthaft CHF 87.3 Mio.*

## **6. Steuererträge**

*Die Thematik des Steuerfusses wurde in der GPK eingehend besprochen und diskutiert. Die Kommission hat die klare Haltung, dass die im IAFP beschriebene Entwicklung und die damit verbundenen Investitionen mit dem aktuellen Steuerfuss nicht gestemmt werden können. Zu tief sind beispielsweise der Cashflow oder auch der Selbstfinanzierungsgrad. Im Sinne der Kontinuität und somit auch im Sinne der Verlässlichkeit für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, empfehlen wir, den Steuerfuss unverändert bei 121% zu belassen. Mit einem Steuerfuss von 121% liegt Gossau an 23. Stelle und mit einer Steuerkraft von CHF 2411 an 21. Stelle aller 77 St. Galler Gemeinden.*

## **7. Einblick in die Ressorts**

### **7.1 Ressort Inneres Finanzen Kultur**

*Alleine im Ressort IFK ist geplant, im Jahr 2019 die Anzahl Mitarbeitende um 3.7 Stellen zu erhöhen. 2 Stellen sollen im Bereich der Informatik geschaffen werden, 1.2 Stellen in der Stadtentwicklung und eine halbe Arbeitsstelle im Steueramt.*

*Im Ressort IFK sind grosse Herausforderungen in den nächsten Jahren die Totalüberarbeitung des Zonenplans, des Baureglements sowie der Inventare und der Schutzverordnungen.*

*Ebenfalls ein grosses Thema ist der Umgang mit den knapper werdenden Mitteln, wie von uns bereits mehrfach darauf hingewiesen.*

### **7.2 Ressort Bildung**

*Im Schulamt wird um 0.2 Stellen aufgestockt.*

*Die Einführung des neuen Lehrplans Volksschule und die damit verbundene Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen wird die Schule Gossau auch im bereits laufenden Schuljahr 2018/2019 beschäftigen.*

*Auf die weiter zunehmende Bedeutung der elektronischen Medien und der interaktiven Lehr- und Lernformen reagiert die Schule Gossau im Bereich der Medienpädagogik mit einer personellen Aufstockung sowie einer engen Zusammenarbeit mit der Schule Flawil.*

### **7.3 Ressort Bau Umwelt Verkehr**

*Im Ressort Bau Umwelt Verkehr stehen die äusserst umfassenden, zukunftsweisenden und immens wichtigen Projekte der Sportanlagen an. Auch die städtischen Gebäude sollen laufend unterhalten oder umfassend erneuert werden.*

*Im Bereich der Verwaltungsliegenschaften steht das Rathaus mit seiner Hauptbausubstanz aus der Erstellerzeit 1962 im Fokus. Dieses weist veraltete Strukturen auf.*

Ein Thema, welches zunehmend Sorge bereitet, ist das Littering, welches immer mehr Ressourcen im Unterhaltsdienst bindet.

#### **7.4 Ressort Versorgung Sicherheit**

Die Umsetzung der bundesrätlichen Energiestrategie 2050 erfordert konsequentes Handeln von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Die dadurch getriebenen Umbauprozesse werden anhalten. Smart Metering, zweiter Marktöffnungsschritt, Eigenverbrauchsgemeinschaften, Speicher-Thematiken, Konzepte der Netzkonvergenzen sind Stichworte dazu.

Per 1. Januar 2019 wird die organisatorische Neuausrichtung der Gossauer Stadtwerke erfolgen, wie es dieses Parlament am 1. Mai und das Gossauer Stimmvolk am 10. Juni dieses Jahres beschlossen hat. Die Geschäftsführung wurde dazu auf drei GL-Mitglieder reduziert.

Die Geschäftsführung wurde dazu auf drei GL-Mitglieder reduziert. Bis im Dezember 2019 werden die Gossauer Stadtwerke durch ein interims Management geführt werden. Parallel dazu wird die neue Geschäftsleitung aufgebaut. Neu wird auch eine Kommission Stadtwerke zur Beratung eingesetzt.

#### **7.5 Ressort Jugend Alter Soziales**

Im Ressort Jugend Alter Soziales soll eine neue 40%-Stelle für Alter/Gesundheit geschaffen werden, für einen Integrationsbeauftragten werden 0.6 Arbeitsstellen vorgesehen. Zudem wird neu der Sportkoordinator in diesem Amt geführt. Die Schulsozialarbeit hat neu einen Bereichsleiter mit 60% und auch eine neue Schulsozialarbeiterin für die Schulgemeinde Andwil/Arnegg wird mit 40% angestellt werden.

Per März 2019 tritt eine neue Asylreform in Kraft. Künftig sollen nur noch Personen, denen Asyl gewährt oder die vorläufige Aufnahme ermöglicht wird, an die Gemeinden übergeben werden.

Bei der stationären Pflegefinanzierung ist aufgrund der vorliegenden Zwischenstandzahlen mit einem erneuten Rekordaufwand von CHF 2.8 – 2.9 Mio. zu rechnen.

Weiter gehörten bis anhin dem Verein Kita Gossau die Evangelische Kirchgemeinde Gossau-Andwil, die Katholische Kirchgemeinde Gossau und die Stadt Gossau an. Beide Kirchgemeinden leisteten zuletzt einen Beitrag von je CHF 30'000. Die beiden Kirchgemeinden haben erklärt, dass sie sich per Ende Jahr 2018 aus der Trägerschaft und somit aus der Finanzierung der Kindertagesbetreuung zurückziehen. Neu werden die Aufgaben direkt durch die Stadt Gossau angeboten.

### **8. Anträge**

Aufgrund unserer Prüfungstätigkeit stellen wir folgende Anträge:

#### 1. Eintreten

Die GPK beantragt, auf die Budget des städtischen Haushalts und der Stadtwerke einzutreten.

#### 2. Beschlussfassung

- a) Das Budget der Stadtwerke für das Jahr 2019 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 2'206'500, sowie das Budget des städtischen Haushalts für das Jahr 2019 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1'402'181 seien zu genehmigen.
- b) Die voraussichtliche Investitionsrechnung für die Gossauer Stadtwerke mit Investitionen für das Jahr 2019 von rund CHF 17'526'000, sowie die voraussichtliche Investitionsrechnung für den Haushalt der Stadt Gossau mit Investitionen in der Höhe von rund CHF 9'595'000 seien zu genehmigen.

3. Die Steuersätze für das Jahr 2019 werden wie folgt festgelegt:
- a) Gemeindesteuer 121% (wie bisher)
  - b) Grundsteuer 0.6‰ (wie bisher)

### **9. Verdankung**

*Die Geschäftsprüfungskommission dankt den Behörden, Kommissionen und allen Mitarbeitenden, die sich engagiert für die Stadt Gossau einsetzen und auch zukünftig einsetzen werden und für die gute, zielführende und angenehme Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank gilt den Herren Heinz Loretini und Urs Peter mit ihrem Team für die sehr gewissenhafte Erarbeitung des vorliegenden IAFP. Die überarbeiteten Ziele und die aufgenommene Finanzstrategie haben uns besonders gefreut.“*

### **A) Eintretensdiskussion**

**Stefan Harder (FLiG)** war erst erfreut über die Information, dass der Voranschlag einen Überschuss aufweist. Ernüchternd ist die Erkenntnis, dass dies nur mit Auflösung von Reserven möglich ist. Die Stadt muss umgehend die Planung von Massnahmen in die Hand nehmen, um den Cashflow zu verbessern. In diesen Massnahmenplan müssen die Parteien einbezogen werden. Auf Seite 17 IAFP sind viele neue Ausgaben enthalten, viele davon hätten schon vor längerer Zeit gemacht werden sollen, beispielsweise die Aufstockung der IT. Idealerweise soll künftig hier eine Lehrstelle angeboten werden. Im IAFP fehlen Informationen, wie die neuen Ausgaben finanziert werden sollen. Der IAFP enthält inhaltlich noch einigen Verbesserungsbedarf. Die Anträge des Stadtrates werden indessen unterstützt.

**Markus Rosenberger (SVP)** hat Fragen zu einzelnen Positionen bereits beantwortet erhalten. Auf den ersten Blick sieht das Budget positiv aus, doch im operativen Ergebnis resultiert ein Verlust von CHF 4.6 Mio. Dies ist alarmierend, insbesondere der steigende Kernaufwand. Dieser ist in den letzten Jahren um 10 Mio. gestiegen, was eigentlich Grund genug wäre, um das Budget zurückzuweisen. Die negative Entwicklung hat der Stadtrat indessen erkannt und hat Massnahmen in Aussicht gestellt. Die Aufgabenüberprüfung 2013 war vom Stadtrat nicht oder nur nach eigenem Gutdünken umgesetzt worden. Es ist bekannt, dass hohe Investitionen auf die Stadt zukommen werden. Auch die anstehende Strommarktliberalisierung wird zu Einnahmehausfällen führen. Wir sind verpflichtet, der künftigen Generation keinen Scherbenhaufen zu hinterlassen. Der neu zusammengesetzte Stadtrat soll die Chance haben, Massnahmen umzusetzen, in Zusammenarbeit mit den Fraktionen. Ein ausgeglichenes Ergebnis ist das Ziel, andernfalls ist künftig mit einem Rückweisungsantrag seitens der Fraktion zu rechnen. Auf das Budget 2019 ist einzutreten.

**Sandro Contratto (FDP)** stellt einige grundlegende Tendenzen fest. Bei einer genauen Betrachtung liegt das positive Ergebnis eigentlich im Verlustbereich. Der wachsende Kernaufwand macht grosse Sorgen. Ein Anstieg der Zinsen wird die Stadt künftig stark belasten. Die Investitionen sollten sich aus dem Cashflow finanzieren lassen. Die bevorstehenden grossen Investitionen sind eine Herausforderung. Die vom Stadtrat aufgezeigte Finanzstrategie zeigt in die richtige Richtung. Die nötigen Schritte und Massnahmen bei Nichterreichen der Finanzstrategie müssen rasch getroffen werden. Eine Durchschnittsbetrachtung über 5 Jahre ist nicht zielführend. In Zukunft muss noch vermehrt zwischen werterhaltend und vermehrend unterschieden werden. Ein Steuerfussanstieg ohne gleichzeitige Kostensenkung kommt für die FDP nicht in Frage. Der Fokus auf Seite 17 „Neue Ausgaben“ ist wichtig. Diese Ausgabenblöcke sollen in Zukunft im IAFP ausführlicher kommentiert werden.

**Roman Steiger (CVP)** steht hinter den geplanten Investitionen und Massnahmen. Es müssen aber zeitnah Resultate für die anstehenden Projekte geliefert werden. Vom Stadtrat erwartet er konkrete Angaben, ob die ge-

wünschten Stellenaufstockungen die nötige Entlastung gebracht haben. Die CVP ist erfreut, dass sich der Stadtrat mit der Ausgabensteigerung intensiv auseinandersetzt. Mit dem Budget 2020 werden erste Ergebnisse aus dieser Überprüfung erwartet. Er beantragt Eintreten.

**Monika Gähwiler-Brändle (SP)** begrüsst die Aufstockung des Stellenplanes, damit die umfangreichen und komplexen Arbeiten besser wahrgenommen werden können. Positiv ist, dass die Vorschläge des Parlamentes in die Überarbeitung des IAFP einfließen. Geschenke, auch Steuergeschenke, müssen immer von jemandem bezahlt werden. In Gossau wird dies in Kürze auch spürbar werden. Es ist richtig, den Steuerfuss beizubehalten. Der Stadtrat hat die finanzpolitische Strategie aufgegleist, was sehr begrüsst wird. Diese Diskussion ist mit den Fraktionen weiterzuführen. Sie beantragt keine Änderungen und beantragt Eintreten.

## **B) Detaildiskussion Laufende Rechnung Stadthaushalt (weisser Teil IAFP)**

### **Zu Seite 17 „Neue Ausgaben 2019“**

**Elmar Hardegger (CVP)** betrachtet die Aufstockungen im Stellenplan kritisch, diese konnten aber vom Stadtrat gut begründet werden. Die Fraktion stellt sich deshalb hinter die Anträge des Rates. Bei den 1.2 Stellen Stadtentwicklung könnte sich die Frage nach einer Befristung stellen, beispielsweise bis Ende 2022, bis die Ortsplanungsrevision beendet ist.

**Stadtpräsident Wolfgang Giella** informiert, dass diese Stellen nicht für die Ortsplanungsrevision reserviert sind. Gesucht wird unter anderem eine stärkere rechtliche Begleitung von Vorhaben. Auch für die Innenentwicklung ist eine Aufstockung geplant. Die Ortsplanungsrevision wird wesentlich unter Beizug Dritter realisiert. Er sichert zu, dass er die Entwicklung beobachten wird.

**Martin Pfister (CVP)** ist erfreut über die Ausführungen zur Finanzstrategie und über die Kennzahlen. Schade ist, dass der Stadtrat noch nicht informiert hat, wie er den finanziellen Herausforderungen begegnen wird.

**Pascal Fürer (SVP)** stellt fest, dass auf Seite 17 unter dem Konto Soziales Personalaufwand die neue Stelle des Integrationsbeauftragten für CHF 72'620 eingesetzt ist. Er vermisst den Stellenbeschrieb für die neu beantragte Stelle. Auf Anfrage im Vorfeld der Sitzung hat die SVP die Antwort erhalten, dass für diese Stelle noch kein Stellenbeschrieb besteht. Ohne einen Stellenbeschrieb soll die Stelle vorerst nicht geschaffen werden. Er stellt folgenden Antrag zu Konto 57900.301000 Sozialamt Löhne / CHF 72'620 Integrationsbeauftragter:

1. *Der Stadtrat wird eingeladen, dem Parlament einen ausführlichen Stellenbeschrieb (Aufgaben/Kompetenzen/Verantwortung) für die zusätzliche Stelle Integrationsbeauftragter vorzulegen.*
2. *Der Budgetposten für den Integrationsbeauftragten wird zurückgestellt und nach Erhalt des Stellenbeschriebs darüber befunden (Vorschlag: Parlamentssitzung vom März 2019).*

**Itta Loher (SP)** will den Entscheid nicht auf die lange Bank schieben, wenn das Bedürfnis klar ausgewiesen ist: Integration ist eine wichtige und anspruchsvolle Aufgabe, und Freiwillige kommen dabei immer mehr an Grenzen. Ab 2019 müssen Aufenthaltsberechtigte möglichst rasch in die Arbeitswelt geführt werden, hierfür sind Fachkompetenzen nötig. Die Kommune muss sich um die Eingliederung der Bewohner kümmern und die Stelle soll sofort geschaffen werden. Ein Hinausschieben ist keine Einsparung.

**Birgit Frei-Urscheler (CVP)** findet die Begründung für die Zurückstellung befremdlich. Der Grund für die Rückweisung soll beim Namen genannt werden. Wird die Stelle als notwendig erachtet oder nicht? Fakt ist, dass die zu integrierenden Personen nicht einfach verschwinden werden. Integration ist günstiger als Sozialhilfe. Die Aufgaben dieser Stelle sind bekannt, und eine Budgetierung ist möglich. Das Verfassen der Stellenbeschreibung macht erst Sinn, wenn diese zur Ausschreibung bereit ist und nicht schon vor der Budgetierung.

**Stefan Harder (FLiG)** unterstützt den Antrag der SVP und die Voten der Vorredner. Eine Stellenbeschreibung hätte rechtzeitig geschaffen werden können.

**Stadträtin Helen Alder** orientiert, dass die Aufgaben klar bekannt sind, aber noch nicht in einer formellen Stellenbeschreibung beschrieben sind. Die Gemeinden sind in der Pflicht, die Rahmenbedingungen für eine Integration zu schaffen, was die Gemeinde von Sozialhilfekosten entlastet. Bis vor einigen Jahren konnte man davon ausgehen, dass 2/3 der Gesuchsteller die Schweiz wieder verlassen. Dies hat sich verändert. Die Aufgaben der Asylbetreuung werden immer grösser und aufwendiger, es sind fachlich kompetente Mitarbeitende nötig für die Begleitung dieser Menschen. Dies setzt eine Ausbildung als Sozialarbeiter voraus. Eine gute Integration ist eine gute Investition. Sie stellt den Antrag, die Bewilligung dieser Stelle nicht von einem Stellenbeschrieb abhängig zu machen.

**Alfred Zahner (FLiG)** versteht nicht, dass nun eine so ausführliche Begründung vorliegt, aber auf Anfrage die Antwort kam, dass der Beschrieb noch nicht vorliegt. Der Stadtrat hätte diese Arbeit früher machen können.

**Birgit Frei-Urscheler (CVP)** findet dies überspitzten Formalismus und befremdend. Es ist nicht angebracht, die Krediterteilung auf eine nächste Sitzung zu verschieben.

**Markus Rosenberger (SVP)** braucht keine Information zu Integration, stört sich aber, dass auf Anfrage keine Antwort seitens des Stadtrates kam. Im IAFP ist bei der Aufgabe 5025 Integration keine Information zur neu geplanten Stelle enthalten. Die SVP ist nicht gegen die Stelle des Integrationsbeauftragten.

**Stadträtin Helen Alder** entschuldigt sich, falls die Ausführungen zu kurz ausgefallen sind. Eine konkrete Stellenbeschreibung war indessen bisher nicht gefordert. Sie ist erstaunt, dass das Parlament künftig Stellenbeschreibungen will.

**Roman Steiger (CVP)** stellt fest, dass auch für Informatik zwei Stellen beantragt werden, aber niemand eine Stellenbeschreibung verlangt. Dies ist nicht Aufgabe des Parlamentes.

**Florian Kobler (SP)** glaubt der SVP nicht. Bei der Aufgabe 5000 Asylwesen ist ausführlich beschrieben, was im Asylwesen auf die Stadt zukommt. Er beantragt Ablehnung des Antrages.

#### **Abstimmung über Antrag zu Konto 57900.301000 Sozialamt Löhne**

Der Antrag wird mit 14 Ja zu 16 Nein abgelehnt.

**Sandro Contratto (FDP)** stellt fest, dass bei den neuen Aufgaben auf Seite 17 bei den Informatikdienstleistungen eine externe Unterstützung von CHF 50'000 eingesetzt ist. Im Hinblick auf die beantragten zwei zusätzli-

chen Stellen im Informatikdienst sollte diese Budgetposition nicht mehr nötig sein. Er stellt folgenden Antrag zu Konto 02270/313000 Informatikdienst Dienstleistungen Dritter:

*Die zusätzlichen neuen Ausgaben von CHF 50'000 werden gestrichen. Der Budgetposten wird auf neu CHF 90'600 reduziert.*

**Stadtpräsident Wolfgang Giella** orientiert, dass die neuen Stellen nicht schon auf Anfang Jahr besetzt werden können, und dass der Budgetposten benötigt wird. Unter anderem steht die Umstellung der Telefonanlagen an.

#### **Abstimmung über Antrag zu Konto 02270/313000 Informatikdienst Dienstleistungen Dritter**

Der Antrag wird mit 3 Ja zu 27 Nein abgelehnt.

**Ruth Schäfler (FDP)** hat eine Frage zum Thema öffentlicher Verkehr. Auf Seite 18 werden für die Erweiterung Stadtbuss CHF 50'000 eingesetzt. Was ist hier geplant?

**Stadträtin Gaby Krapf** weist darauf hin, dass der Begriff neue Ausgabe in diesem Zusammenhang missverständlich sein kann. Es muss eine höhere Abgeltung an den Kanton entrichtet werden für die Verfeinerung des Busnetzes.

#### **Zu A1 Inneres Finanzen Kultur**

Keine Diskussion gewünscht

#### **Zu A2 Bildung**

**Alfred Zahner (FLig)** begrüsst es, dass gemäss Seite 69 für die Kommunikation mehr Mittel eingesetzt werden. Die Bevölkerung darf mehr erfahren aus der Schule. Zur Aufgabe 2040 Oberstufe vermisst er den Auftrag, dass auch die Berufsmatura gefördert werden muss. Diese Position sollte beim Ziel aufgeführt werden.

**Schulpräsident Urs Blaser** nimmt die Anregungen gerne entgegen. Für die Verstärkung der Kommunikation sind Mittel ins Budget aufgenommen worden. Die Anregung betreffend Berufsmaturität wird er prüfen.

**Norbert Hug (CVP)** ist erfreut über das Budget Bildung, konnte doch der Nettoaufwand gehalten werden. Gut verlaufen ist auch die Entwicklung der Familienergänzenden Tagesbetreuung, wozu das Parlament 2016 den Kredit erteilt hat.

### **Zu A3 Bau Umwelt Verkehr**

**Werner Bischofberger (SP)** stellt auf Seite 96 und 97 sich widersprechende Aussagen betreffend Sicherheit fest. Erkannte Risiken im Bereich der Sicherheit dürfen aus seiner Sicht nie in Kauf genommen werden. Er fragt, wie die Begriffe Sicherheit gemeint sind, welche Risiken in Kauf genommen werden, und was die Stadt betreffend Rathaussanierung plant.

**Stadträtin Gaby Krapf** erläutert, dass Risikoschutz immer auch Personenschutz bedeutet. Die Brandschutzanlage Rathaus wird erneuert und Mitarbeitende müssen verstärkt gegen Übergriffe geschützt werden. Es können aber nicht alle Risiken ausgeschlossen werden. Zur geplanten Sanierung des Rathauses sind Kredite in der Investitionsrechnung enthalten, die Fertigstellung dürfte nicht vor 2026 erfolgen.

**Martin Pfister (CVP)** ist wichtig, dass mit zeitgerechten Investitionen die Unterhaltskosten reduziert werden können. Ziel muss sein, das Modul 1 Masterplan Sportanlagen und damit das neue Hallenbad Buechenwald möglichst rasch zu realisieren, um den Unterhalt beim Hallenbad Rosenau auf tiefem Niveau halten zu können.

### **Zu A4 Versorgung Sicherheit**

**Roman Steiger (CVP)** erwartet eine zügige Umsetzung der Neuorganisation der Stadtwerke. Er fragt, ob der Stadtrat die Mitglieder der Stadtwerkkommission bereits bestimmen konnte.

**Stadträtin Claudia Martin** informiert, dass die Anforderungsprofile definiert sind und die Positionen demnächst per Inserat gesucht werden. Ziel ist die Wahl der Kommissionsmitglieder im Januar 2019.

### **Zu A5 Jugend Alter Soziales**

**Birgit Frei-Urscheler (CVP)** stellt fest, dass im Departement sehr gute Arbeit geleistet wird, was zu einer tiefen Sozialhilfequote führt. Sie dankt den Mitarbeitenden des Sozialamtes sowie den freiwillig Mitarbeitenden im Sozialbereich für ihren Einsatz.

### **C) Detaildiskussion Investitionsrechnung Stadthaushalt (gelber Teil IAFP)**

Keine Diskussion gewünscht.

### **D) Detaildiskussion Investitionsrechnung Stadtwerke (gelber Teil IAFP)**

Keine Diskussion gewünscht.

**E) Detaildiskussion Erfolgsrechnung Stadtwerke (gelber Teil IAFP)**

Keine Diskussion gewünscht.

**F) Beschluss des Stadtparlaments zu Budget und Steuerfuss**

Die Anträge des Stadtrats werden einstimmig angenommen.

**02****Parkierungsreglement; 1. Nachtrag; Einsetzung VBK**

Es liegen folgende Vorschläge vor:

Florian Kobler	SP	Präsident
Andreas Oberholzer	SVP	Mitglied
Patrik Mauchle	CVP	Mitglied
Erwin Sutter	FLiG	Mitglied
Sandro Contratto	FDP	Mitglied

**Abstimmung**

Die Kommission wird eingesetzt.

**03****Neue Vorstösse**

Einfache Anfrage Werner Bischofberger (SP) „Werteschule – was ist das“

Motion Matthias Ebnetter (FLiG) und Pascal Fürer (SVP) „Transparentes Abstimmungsverhalten“

Interpellation Alfred Zahner (FLiG) „Bürgerbeteiligungsmodell für Solarenergie“

Florin Scherrer (CVP) gibt per 31. Dezember 2018 seinen Rücktritt als Präsident der Geschäftsprüfungskommission bekannt, weil er seit 1. November 2018 als Verkehrsplaner bei der Stadt Gossau tätig ist.

Silvia Galli Aepli tritt per 31. Dezember 2018 als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission zurück, weil sie per 2019 als Vizepräsidentin des Stadtparlamentes vorgeschlagen wird.

Alfred Zahner (FLiG) tritt nach 18-jähriger Tätigkeit per 31. Dezember 2018 aus dem Parlament zurück. Er dankt allen, mit denen er während dieser langen Zeit zusammenarbeiten durfte. Der Fraktionspräsident Stefan Harder dankt ihm für seine akribische und vielseitige Tätigkeit zum Wohl der Stadt Gossau.

Der Präsident



Markus Mauchle

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 10. Dezember 2018 genehmigt.